

## Schließung des Islamischen Zentrums Hamburg: Ein klarer Schritt gegen Extremismus

Politik in Hamburg atmet auf: Das IZH wurde als extremistischer Moscheeverein verboten; Razzien und Schließungen folgen.

NACHRICHTEN AG

ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT

Nach dem Verbot und der Schließung des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH) durch das Bundesinnenministerium haben sowohl Politiker als auch Bürger in der Hansestadt eine gesplante Meinung über die Auswirkungen dieser Maßnahme auf die Gesellschaft. Die Schließung der Blaue Moschee und mehr als 50 weitere, mit dem IZH verbundene Einrichtungen in mehreren Bundesländern wurde als wichtiger Schritt gegen den extremistischen Einfluss aus dem Iran gewertet.

### Politisches Ausmaß und gesellschaftliche Reaktionen

Der Bürgermeister von Hamburg, Peter Tschentscher (SPD),

äußerte sich erfreut über die Entscheidung: „Dieser Tag tut Hamburgs Stadtgesellschaft gut“, und betonte, dass derartige Ideologien keinen Platz in einer weltoffenen Gemeinschaft haben dürften. Auch Katharina Fegebank, die Zweite Bürgermeisterin (Grüne), begrüßte das Verbot als einen wichtigen Schlag gegen das Mullah-Regime im Iran und dessen Einfluss in Deutschland.

## **Auswirkungen auf die Schiitische Gemeinschaft**

Die Schließung der Blauen Moschee wirft jedoch Fragen auf, insbesondere für die Schiiten in Hamburg. Sabine Ritter, Co-Landesvorsitzende der Linken, machte deutlich, dass es wichtig sei, einen Gebetsraum für diese Gruppe zu erhalten, ohne dass der Iran Einfluss nimmt. Dies zeigt, wie das Verbot nicht nur politische Dimensionen hat, sondern auch die religiöse Praxis von Gläubigen betrifft.

## **Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden**

Die Aktionswoche zur Schließung der Einrichtungen wurde von den Sicherheitsbehörden als notwendig erachtet, um den wachsenden Einfluss des schiitischen Extremismus zu stoppen. Innensenator Andy Grote (SPD) nannte das Vorgehen einen „Wirkungstreffer“ im Kampf gegen islamistischen Extremismus. Die Polizei führte Razzien in zahlreichen Städten durch, um die ordnungsgemäße Umsetzung des Verbots zu gewährleisten.

## **Kritik und Forderungen nach mehr Prävention**

Trotz der positiven Reaktionen gibt es Kritik seitens der Opposition in der Bürgerschaft. Dennis Thering, Fraktionschef der CDU, bemängelte, dass die Regierungsparteien zu spät auf das Problem reagiert hätten. Er forderte zudem stärkere Maßnahmen zur Prävention von extremistischen Strömungen in der Gesellschaft. Cansu Özdemir, Linken-Fraktionsvorsitzende,

warnte davor, dass allein durch diese Maßnahmen der Islamismus nicht besiegt werden kann und mehr Anstrengungen zur Prävention nötig seien.

## **Zusammenfassung der Situation**

Insgesamt zeigt die Schließung des IZH, wie wichtig es ist, auf extremistische Tendenzen zu reagieren, jedoch auch, wie durch solche Maßnahmen das Gleichgewicht zwischen Sicherheit und der Wahrung religiöser Freiheiten gefährdet werden kann. Diese Entwicklungen setzen die Politik und die Gesellschaft in Hamburg unter Druck, geeignete Wege zu finden, um sowohl Sicherheit als auch Gemeinschaftsgefühl zu fördern.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**